



Herr Ostländer beantragt, einen zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Hierbei geht es um die Petition einiger Gewerbetreibender, welche um die Unterstützung der Gemeindevertretung bitten. Hierdurch möchte er einerseits der Verwaltung eine Handlungsoption und andererseits den Gemeindevertretern die Möglichkeit geben, sich damit rechtzeitig auseinander zu setzen. Hier soll bereits im April eine Entscheidung getroffen werden, ob die Gemeinde das angesprochene Grundstück kauft oder nicht. Es wird um Abstimmung gebeten.

Frau Lehmann bittet um Abstimmung zum Antrag von Herrn Ostländer, die Petition auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Gemeindevertretung stimmt einstimmig zu. Frau Lehmann wird diesen TOP nach dem TOP 4 aufrufen.

### **1.3. zu den Niederschriften**

Es gab keine schriftlichen Einwendungen. Somit ist die Niederschrift vom 18.12.2018 bestätigt und wird veröffentlicht.

## **2. Informationen**

### **2.1. des Bürgermeisters**

- zur Petition der Gewerbetreibenden Köriser Str. 11, der Gemeindevertretung liegt seit 2014 ein Antrag vor, diese Fläche zu erwerben. Der Antrag ist von der Gemeindevertretung nicht angenommen worden. Wir haben jetzt ein erneutes Angebot mit einem letzten Termin vorliegen, welcher bereits in der letzten HA-Sitzung bekannt gegeben wurde. Den Gewerbetreibenden geht es einfach nur darum, dass sich die Gemeindevertreter wohlwollend mit dem Sachverhalt auseinandersetzen und die Fläche als Gemeinde erwerben.
- zur Rechtsabbiegerspur  
Hierzu findet im März mit den Anliegern des Marktes (REWE, Aldi etc.) und dem Landesstraßenverkehrsamt eine Beratung statt. Der Eigentümer des Marktplatzes hat die Gewerbetreibenden nicht ausreichend über die Baumaßnahme informiert. Sie sind von der Baumaßnahme indirekt betroffen, da in der Zeit einer Vollsperrung mit Kundenrückgang zu rechnen ist. Sofern die Ablaufpläne vorliegen werden wir uns noch mal mit den Gewerbetreibenden und dem Straßenverkehrsamt auseinandersetzen.
- Am gestrigen Tage gab es ein sehr umfangreiches Gespräch mit der Unteren Wasserbehörde und dem Wasserbodenverband. Die Wasserbehörde bestätigte, dass im vorliegenden B-Plan Wustrocken keine Planungsfehler enthalten sind. Es ist schon so, dass manche Eigentümer Wasser auf dem Grundstück haben (Grundstück liegt 25 cm tiefer als die Straße), jedoch liegt das nicht an der Gemeinde. Wir sind auch nicht dazu da, Planungsfehler der Firmen auszubügeln.  
Mit dem Wasser- und Bodenverband sind wir so verblieben, dass wir ein Teil des Grabens mit ertüchtigen werden, obwohl das im Plan nicht vorgesehen ist. Die Wiese wird als Biotop erhalten bleiben.

### **2.2. der Vorsitzenden der Gemeindevertretung**

Frau Lehmann gibt bekannt, dass heute für den Seniorenbeirat Frau Monika Kühn als ein weiteres Mitglied zu berufen ist. Sie erteilt dem Vorsitzenden des SB, Herrn Schulz, das Wort. Er berichtet, der Beirat wurde vor mehr als 20 Jahren gegründet und sollte mit 10 Mitgliedern besetzt sein. Derzeitig sind es nur 7 Mitglieder und eine Verbindungsperson von der Volkssolidarität. Herr Schulz hofft, dass sich neben der heutigen Berufung noch weitere Senioren finden, die mitarbeiten wollen.

Mit Frau Kühn ist es uns erstmalig gelungen, ein Mitglied aus dem Ortsteil Pätz zu gewinnen, so Herr Schulz und er wünscht ihr für ihre Tätigkeit alles Gute.

Frau Lehmann bittet die Gemeindevertretung um Bestätigung der Berufung von Frau Kühn als Mitglied des Seniorenbeirates. Alle Gemeindevertreter stimmen zu.

### **2.3. der Fraktionen**

Herr Irmer möchte wissen, wie der Stand zum Thema Schulzentrum ist. Hierzu sollte mal ein Beschluss vorbereitet werden. Herr Irmer berichtet, dass das Thema Standort Spielplätze noch offen ist. Im Bauausschuss (August 2018) gab es 2 Standortvorschläge, wobei einer definitiv abgelehnt wurde. Daraufhin hat man sich dazu verständigt, alle Fraktionen sollen Stellung beziehen und das Für und Wider der beiden Standorte betrachten. Die Fraktion Die Linke/SPD wird der Verwaltung ihre Stellungnahme in der nächsten Woche einreichen und gleichzeitig möchte er die Fraktionen auffordern, dies auch zügig nachzuholen.

Weiterhin erkundigt er sich, ob es neue Informationen vom MAWV gibt? Wie ist der aktuelle Stand?

Herr Quasdorf informiert, es gibt noch keinen neuen Stand beim MAWV, nur das jetzt die Wohnungsbaugesellschaften entlastet werden sollen. Welche Auswirkungen das haben wird ist noch nicht ermittelt.

Die Idee mit den Spielplätzen gibt es schon eine Weile und kam aus dem Gesundheits- und Sozialausschuss, berichtet Herr Pöschk. Es wurden schon mehrere Vorschläge unterbreitet, jedoch war der Stand gleich Null. Wir sollten auf jeden Fall dran bleiben.

### **2.4. des Ortsbeirates**

Die OB-Sitzung hat am 31.01.2019 getagt und es wurden folgende Themen angesprochen:

- Umfrage zur weiteren Nutzung Neue Schule in Pätz, von 350 Haushalten gab es 79 Rückläufe, Vorschläge waren, Nutzung als Schule oder Kita, Büro- und Geschäftshaus etc. Der Ortsbeirat hat ein Angebot von einer Organisation bekommen, die sich mit der Altenpflege auseinandersetzt und möchten die Schule dafür nutzen, eine Tagespflege für ältere Menschen einzurichten. Diesbezüglich wird der OB noch weitere Gespräche führen.
- Dank an den Bauhof für die Laubentsorgung
- Fußweg am Badestrand ist sehr dunkel, hier wird nachgefragt, ob die Möglichkeit besteht kurzfristig Abhilfe zu schaffen
- zum Amtsblatt gab es Bemerkungen hinsichtlich der Veröffentlichung von Plänen, diese sind oftmals sehr klein und kaum zu erkennen. Hier bittet man um Prüfung, ob diese Pläne größer veröffentlicht werden können (eventuell Werbung herausnehmen)
- Nachfragen zum Ortsentwicklungskonzept, dazu wird Herr Ostländer später noch mal was sagen

Das Angebot eines Betreibers für eine Senioreneinrichtung in der Neuen Schule ist eine gute Idee, so Herr Pöschk. Daher haben wir den Betreiber zur nächsten GSA-Sitzung am 05.03.2019 eingeladen, damit er sein Konzept mal vorstellen kann.

Herr Dr. Weißlau bemerkt, es wäre sehr schön, wenn die Ergebnisse der Umfrage den Gemeindevertretern zur Verfügung gestellt werden könnten. Dazu äußert Frau Lehmann, dass diese im Protokoll des OB stehen und kann im RIS eingesehen werden.

Ergänzend dazu sagt Herr Quasdorf, es gab im Dezember bereits ein Gespräch mit dem Interessenten und wir haben ihm die Möglichkeit gegeben, einen Besichtigungstermin zu vereinbaren. Die Verwaltung wird das Vorhaben unterstützen.

Frau Lehmann berichtet, dass sich die Firma Bonava mit der Bitte an sie gewandt hat, einen Straßennamen für den Seepark Pätz zu finden. Sie möchte diese Bitte in den Bauausschuss zur Beratung weitergeben. Ein Dankeschön geht an den Bauhof für die Errichtung der Bankette um den Fahrradweg Kita Pätz.

## **2.5. der Fachausschüsse**

Im Finanzausschuss wurde u.a. über die Einrichtung einer Kita auf dem Fischereigelände gesprochen, welche an einen freien Träger gehen soll, so Herr Ostländer. Hier wurde dargestellt, dass dies auch einige Probleme mit sich bringen kann (Europäische Ausschreibung etc.). Der Sozialausschuss wird gebeten, sich mit dieser Thematik zu befassen, Herr Ostländer wäre dann bei dieser Sitzung gern dabei.

Seitens der Verwaltung wurde dargestellt, wie das Problem Kita-Parkplätze gelöst wurde. Den Mitarbeitern der Kita stehen jetzt 35 Parkplätze zur Verfügung, welche auch von Eltern kurzzeitig genutzt werden können. Dafür recht herzlichen Dank an die Verwaltung. Angeregt wurde, das Parken auf der B 179 vor der Kita zu verbieten. Ein weiteres Thema war die Übernahme Grundstück und Gebäude der Tischlerei, welches der Verwaltung für weitere Büroräume, Archiv und Räumlichkeiten für die Feuerwehr zur Verfügung stehen soll. Dazu ist ein Umbau des Gebäudes erforderlich. Der Finanzausschuss bittet daher die Verwaltung zu prüfen, ob ein Kauf des Grundstücks möglich ist. Weiterhin sollten die Aus- und Umbaukosten des Gebäudes ermittelt werden, bevor die Gemeindevertretung über den Erbbaupachtvertrag entscheidet.

Zum Sportstättenkonzept wurde mitgeteilt, dass wir im Juni mit einem Ergebnis rechnen können. Leider gibt es zu den Anfragen, die an die Vereine gestellt wurden, nur geringe Rückläufe. Hier wollen wir die Vereine noch mal auffordern, sich diesbezüglich mehr einzubringen und die Fragen zu beantworten.

Herr Dr. Weißlau wäre dankbar, wenn man in Bezug auf das Grundstück Tischlerei der Gemeindevertretung Alternativen anbieten könnte, wie z.B. was kostet die Erbbaupacht, was würde ein Kauf kosten, welche Kosten fallen beim Umbau an usw. Das könnte die Diskussion verkürzen und eine Entscheidung vereinfachen.

Dazu entgegnet Herr Quasdorf, für das Gelände der Tischlerei gibt es ein Angebot zur Erbbaupacht, kein Kaufangebot. Über einen Kauf nachzudenken nutzt uns wenig, wenn der Eigentümer nicht verkaufen, sondern ein Erbbaurecht machen will. Wir können darüber verhandeln, dass man zu einer bestimmten Erbbaupachtzeit kommt und zu einer bestimmten Zeit erwerben kann.

Zur Anfrage Schulzentrum erläutert Herr Quasdorf, dass darüber im Jahr 2016 sehr ausgiebig gesprochen wurde. Zwischenzeitlich ist es so, dass die Förderung für Schulzentren ausgelaufen ist. Herr Quasdorf hat heute damit gerechnet, dass jemand einen Antrag stellt, die Verwaltung zu beauftragen, all die Fragen zu klären die erforderlich sind, um in Bestensee eine weiterführende Schule installieren zu können.

### **Antrag der Verwaltung – Herr Quasdorf**

Die Gemeindeverwaltung stellt den Antrag, von der Gemeindevertretung ermächtigt zu werden, alle Maßnahmen einzuleiten, um eine weiterführende Schule in Bestensee zu etablieren.

1. Welche Voraussetzungen werden an den Standort gestellt
2. Rahmenbedingungen, die es gilt zu erfüllen
3. Vorschläge zum eventuellen Standort inklusive Prüfung der baurechtlichen Genehmigungsfähigkeit
4. den genauen Raum- und Flächenbedarf, Schulsport, Fach-, Ausweich und Klassenräume

5. Zeitschiene für den Ablauf
6. Schulbedarfsplan

Somit kann die Verwaltung all diese Punkte für die Ausschüsse vorbereiten, so dass die Gemeindevertretung eine Entscheidung treffen kann.

Herr Irmer ergänzt, vielleicht könnte man noch im Antrag aufnehmen zu prüfen, ob Kooperationen mit bestehenden Schulträgerschaften möglich sind. Seines Erachtens gibt es da auch noch Möglichkeiten der Förderung.

Dazukommen sollten auch die Sportanlagen, meint Herr Ostländer und befürwortet den Antrag des Bürgermeisters.

Herr Quasdorf entgegnet, für die Verwaltung steht nicht in erster Linie einen Kooperationspartner zu suchen. Aus seiner Sicht als Bürgermeister ist er dafür zuständig zu versuchen, die Bestenseer Kinder im Ort zur Schule gehen zu lassen. Daher auch der Antrag der Verwaltung zwecks Klärung von Möglichkeiten für eine weiterführende Schule.

Herr Dr. Weißlau ist der Meinung, was uns fehlt ist eine langfristige Prognose der Kinderzahlen. Das ist sicher schwierig, aber wir brauchen ein langfristiges (5-6 Jahre), einigermaßen verlässliches Material, um eine Entscheidung treffen zu können.

Die Verwaltung hat seit 2018 den Auftrag, ein Ortsentwicklungskonzept zu schaffen, sagt Herr Ostländer. Dazu gehört auch der Standort einer Schule o.ä., deswegen habe er auch noch keinen Antrag gestellt.

Frau Lehmann fragt, ob die Fraktionen eine Auszeit zu diesem Antrag benötigen.

Herr Scholz - Fraktion der UBBP - sieht kein Problem mit diesem Antrag mitzugehen.

Frau Rubenbauer – Fraktion Die Linke/SPD – beantragt eine kurze Auszeit und möchte dazu noch etwas bemerken. Dieser Antrag ist ihr zu klein gehalten. Wir reden seit Monaten bzw. Jahren über eine Ortsentwicklungskonzeption. Bis heute liegt keine vor. In dieser Ortsentwicklungskonzeption muss so etwas Bestandteil sein, nicht nur für Schule, sondern auch für Kita. Wie Dr. Weißlau schon sagte, wir haben nichts in den Händen. Herr Scholz widerspricht dem, es gibt mindestens ein Basisdokument, das ist der Flächennutzungsplan, der über die ganzen Jahre immer wieder weiterentwickelt und fortgeschrieben worden ist. Da ist genau definiert, wo soll was hin und in welchem Umfange sind Entwicklungspotenziale da. Der zweite Punkt ist, dass sich die Kinderzahlen in den letzten 3 – 4 Jahren in einer Weise entwickelt haben, die keiner voraussehen konnte. Das hätte auch kein Konzept (vor 5 Jahren erstellt) vorher sagen können und schon gar nicht wo wir in 5 Jahren stehen werden. Hier muss man flexibel drauf reagieren. Zum Flächennutzungsplan ergänzend ist zu sagen, wir haben ein Energiekonzept, ein Tourismuskonzept, Lärmschutzkonzept etc.

Herr Ostländer wundert sich schon sehr, wir reden seit 1 ½ Jahren über das Ortsentwicklungskonzept, damals wurde gegen eine weiterführende Schule vehement dagegen gehalten, da wir die Privatschule haben. Er ist für diese Schule, jedoch fehlen z.B. die finanziellen Größenordnungen, das muss noch dargestellt werden.

Wir haben über die Entwicklungszahlen der Kinder mehrmals gesprochen, vom Hauptamt wurden Zuarbeiten erstellt, wo die Zahlen der Kinder eindeutig dargestellt wurden. Wir wissen, dass wir im den nächsten Jahr wieder 4-zügig einschulen und danach höchstwahrscheinlich 5-zügig und das wir in 5 Jahren zusätzlich 9 Klassenräume brauchen. Herr Quasdorf führt weiter aus, wenn er jetzt jemanden beauftragt ein Konzept für 100 – 200 T€ zu schreiben, dann dauert es nicht lange und das Konzept ist schon überholt. Wir müssen an unserem Flächennutzungsplan arbeiten, das ist das reale Instrument. Wir haben nie gesagt, dass wir die weiterführende Schule nicht brauchen.

Herr Irmer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und über den Antrag über eine kurze Auszeit abzustimmen.

Frau Lehmann bittet um Abstimmung zum Antrag Die Linke/SPD, die Sitzung für eine kurze Auszeit zu unterbrechen. Dem Antrag wird seitens der Gemeindevertreter einheitlich zugestimmt und es folgt eine 5-minütige Auszeit.

Die Sitzung wird um 19.55 Uhr fortgesetzt.

Die Abstimmung erfolgt mit 16 von 19 Gemeindevertreter. Jede Fraktion hat jetzt die Möglichkeit sich zu dem Antrag der Verwaltung zu äußern.

Die Fraktion Plan B befürwortet den Antrag, möchten jedoch darum bitten, dass noch die finanziellen Aspekte (was soll es kosten und welche Größenordnung soll es sein) mit in den Antrag aufgenommen werden, so Herr Ostländer.

Herr Dr. Weißlau – CDU-Fraktion – stimmt dem Antrag zu, jedoch soll auch die Kita in den Antrag hinein formuliert werden.

Herr Scholz – Fraktion UBBP – hatte bereits geäußert, dass dem Antrag in vollem Umfang zugestimmt wird.

Die Fraktion Die Linke/SPD würden gern im Antrag die Prüfung einer Kooperation über eine eventuelle Außenstelle von einem bereits existierenden Schulstandort aufnehmen lassen.

Frau Lehmann bittet nun um Abstimmung zu den 3 Ergänzungsanträgen:

**Antrag Plan Bestensee – Aufnahme der finanziellen Kosten:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**Antrag CDU-Fraktion – Aufnahme Kita:** 4 Ja-Stimmen  
12 Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**Antrag Fraktion Linke/ SPD zur Prüfung einer möglichen Kooperation mit einer anderen Schule:** 3 Ja-Stimmen  
13 Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**Abstimmung zum Antrag der Gemeindeverwaltung mit Aufnahme der finanziellen Kosten:** 14 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
2 Stimmenthaltungen

Der vollständige Antrag mit dem Passus „finanzielle Kosten“ wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

### 3. Bürgerfragestunde

Frau Treichel möchte wissen, wie wird die ordnungsgemäße Realisierung der auf den Gemeindevertretersitzungen und Ausschüssen beschlossenen Anträge kontrolliert?

Frau Lehmann erklärt, die Kontrolle der Verwaltung erfolgt im Prinzip durch die gesamte Gemeindevertretung. Diese haben sich um die Erledigung von Festlegungen zu kümmern. Frau Treichel war immer der Meinung, dass Frau Lehmann als Vorsitzende der GV die oberste Priorität hat, sich nach der Erledigung der Festlegungen zu erkundigen. Daraufhin werden von ihr diverse Auszüge von GV-Protokollen (2009 – 2016) verlesen, welche als Anlage der Niederschrift beigefügt werden. Frau Treichel sagt, alle aufgeführten Festlegungen wurden nicht kontrolliert und kritisiert die Vorsitzende, dass sie sich zu wenig um die Erledigung der Festlegungen aus den Protokollen kümmert und die Bürger keine Informationen über diverse Erledigungen erhalten.

Frau Lehmann weist die Vorwürfe über die Umsetzung der Festlegungen zurück. Auch sie übt diese Tätigkeit ehrenamtlich aus und verlässt sich bei diversen Erledigungen auf die Ausschussvorsitzenden. Sie sichert Frau Treichel zu, dass sie noch eine schriftliche Antwort dazu erhält.

Herr Eberlein – Vorsitzender der gemeinsamen Wählervereinigung Bestensee & Pätz – berichtet, dass die Wählervereinigung in der Social-Media-Plattform ein Bild des Rathauses veröffentlicht hat (Hinweis, die Bildrechte liegen bei der Wählervereinigung). Daraufhin erhielten wir ein Schreiben vom Bürgermeister, in dem er uns auffordert, das Wappen aus dem Foto zu entfernen. Herr Eberlein sagt dazu ganz klar, dass es Paragraphen gibt, die gegen diese Aufforderung sprechen (z.B. § 59 Urheberrechtsgesetz). Frage an den Bürgermeister, haben wir jetzt noch mehr solcher Schreiben zu erwarten und wollen wir uns nicht lieber um eine positive Zukunft für Bestensee kümmern? Herr Eberlein denkt, das sollte doch hier im Fokus stehen. Ergänzend zum Schreiben des Bürgermeisters sagt er, dass sie in diesem Fall die Kommunalaufsicht einschalten mussten und die sagt nach telefonischer Rücksprache, dass die Wählervereinigung im Recht ist. Vorsorglich wurde das Bild abgeändert, sofern die schriftliche Stellungnahme vorliegt, wird das Bild wieder so erscheinen wie es bisher war.

Dazu äußert Herr Quasdorf, dieses Schreiben ist nicht von ihm gekommen, aber er muss solche Schreiben unterschreiben, weil der Gesetzgeber das vorschreibt. Mit der Verwendung des Wappens im Wahlkampf ist die Wählervereinigung nicht die Erste, denen es untersagt wird, das Wappen zu verwenden. Wenn die Kommunalaufsicht der Wählervereinigung mitgeteilt hat, dass sie im Recht ist, dann muss Herr Quasdorf es erstmal so hinnehmen. Jedoch sagt er, die gleiche Kommunalaufsicht hat die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass sie es zu unterbinden hat, Wappen im Wahlkampf in unterschiedlichen Organisationen, Parteien etc. zu nutzen.

Herr Ralf Horstmann aus dem Havixbecker Ring hat sich schon vor 1 Jahr erkundigt, ob es ein Regenwassernutzungskonzept bzw. einen Plan gibt, wie die Anwohner geschützt werden können, wenn dort eine Straße hinkommt. Er sollte dazu eine schriftliche Antwort bekommen, hat diese nicht erhalten. Die Pläne der Fa. Brale stehen fest, hinter dessen Grundstücken wird ein Straße gebaut. Die Wiese wird verdichtet, d.h. die Eigentümer müssen auf ihren Grundstücken entwässern. Herr Horstmann fragt, was tut die Gemeinde damit die Grundstücke nicht im Wasser versinken und werden Regenwasserkanäle zwischen Straße und Grundstücke gebaut? Wie ist die Entwässerung auf den eigenen Grundstücken geplant?

Herr Quasdorf erklärt, der B-Plan trifft zur Entwässerung eindeutige Aussagen. Im Gespräch mit der Unteren Wasserbehörde haben wir ganz klar festgelegt, dass die Fa. Brale ein Entwässerungskonzept vorlegen muss, bevor sie ihre Genehmigungen erhalten. Mehr kann die Gemeinde nicht tun.

#### **4. Konzept Schrobsdorffhaus**

Das Konzept liegt jedem Gemeindevertreter schon seit längerem vor, Fördermittel sind beantragt. Da diese noch nicht vorhanden sind, konnte mit dem Bau noch nicht begonnen werden, erklärt Frau Lehmann. Eingeladen ist Frau Beyer vom Heimatverein Pätz, da der Verein das Haus zur Nutzung übernehmen möchte. Gibt es noch Fragen zum Konzept? Es gibt mehrere Konzepte für dieses Objekt, informiert Herr Ostländer. Das Konzept vom Heimatverein war auch die Grundlage für die jetzt vorliegende Baugenehmigung. In 2018 wurden bereits Mittel in Höhe von 120 T€ eingestellt und sind 2019 auch wieder im Haushalt aufgenommen. Für dieses Haus sind Fördermittel in Höhe von 90 T€ beantragt worden, die Chance diese Fördermittel zu bekommen sind fast aussichtslos, so die Information des Kämmerers im Finanzausschuss. Herr Ostländer möchte den Bürgermeister bitten aufzuzeigen, sollten die Fördermittel jetzt nicht kommen, was kann die Gemeindevertretung tun, damit wir das Haus schnellstmöglich umbauen können. Herr Quasdorf sagt, er kann sich nicht vorstellen, dass der Kämmerer diese Aussage getroffen hat. Diese Information liegt uns nicht vor, wir wurden aufgefordert noch Unterlagen nachzureichen. Wenn die Gemeindevertretung beschließt, wir verzichten auf die Fördermittel und fangen an zu bauen, dann ist der vorgezogene Baubeginn nicht förderfähig, dann gibt es definitiv keine Fördermittel.

Herr Scholz stellt den Sachverhalt so dar, dass die Verwaltung immer noch auf die Zustimmung der Kommunalaufsicht wartet. Die Frist endet zum Ende des Monats. Es gibt jedoch die Vermutung, dass diese nicht reagiert und war abgeleitet von einem anderen Fördermittelantrag, heißt aber nicht, dass es diesmal genauso ist.

Zum Konzept ist zu sagen, dass die Fraktion UBBP es als durchaus tragfähiges Konzept sieht.

Dazu äußert Frau Beyer, es geht ihr mit dem Konzept darum, bestimmte Gebiete bearbeiten zu können, wie z.B. Freizeitangebote für die Jugend, Lesungen usw. Mit dem Konzept wollte der Verein aufzeigen, was er machen möchte. Sie würden sich auch an den Betriebskosten beteiligen wollen, jedoch in dem Rahmen, welche ein gemeinnütziger Verein auch bedienen kann.

Herr Quasdorf wird sich diesbezüglich noch mal mit der Kommunalaufsicht in Verbindung setzen.

Herr Ostländer möchte darum bitten, sollte ein negatives Ergebnis bei den Fördermitteln herauskommen, dann sollte ein Beschluss zur nächsten GV eingebracht werden, dass mit dem Bau des Schrobsdorffhauses begonnen wird.

Herr Quasdorf möchte noch mal eingehend darauf verweisen, dass vor Beschlussfassung dazu die entsprechenden Ausschüsse und der Hauptausschuss dazu beraten muss.

#### **5. Petition der Gewerbetreibenden Köriser Str. 11**

Die Petition wird von Herrn Ostländer verlesen und der Niederschrift als Anlage beigefügt. Die Fraktion Plan Bestensee schlägt vor, dass die Petition kurzfristig im Bauausschuss beraten wird. Zu prüfen ist auch, inwieweit das Grundstück belastet ist. Dann wird auch der Finanzausschuss darüber beraten. Dazu werden Informationen von der Verwaltung benötigt, welche Einnahmen sind zu erwarten, welche Größenordnungen stellt man sich für den Kauf vor, wie könnten wir diese Summe aufbringen etc. Dann kann die Gemeindevertretung sicherlich zu einer Entscheidung kommen.



Dr. Weißlau möchte zu diesem Gesamtkomplex mehr Informationen haben. Es liegen ihm z.B. keine Informationen vor, was es kosten soll. Das Gutachten für Altlasten liegt nicht vor.

Die Notwendigkeit das im Finanzausschuss nochmal zu besprechen sieht Herr Scholz auch, zumal vom Verkäufer eine Frist festgesetzt wurde.

Herr Quasdorf erklärt, Ausführungen zu diesem Antrag gab es bereits in 2014, als das Angebot zum ersten Mal vorlag. Damals handelte es sich um eine Summe von 750 T€. Dieser Preis ist natürlich nicht mehr existent, da sich die Preise mittlerweile nach oben entwickelt haben. Zu den Altlastenverdachtsflächen hat der Eigentümer bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben. Wenn wir verhandlungsbereit sein wollen wird es definitiv so sein, dass der Eigentümer sicher bereit ist, seine Frist zu verschieben und aus der Kaufsumme eine bestimmte Summe zu hinterlegen, um dann eventuelle Altlasten beseitigen zu können.

Herr Irmer fragt, kann man parallel dazu schon in die Verhandlungen treten, so dass wir unter Umständen in der nächsten GV schon einen Beschluss fassen können?

Ohne die Ermächtigung der Gemeindevertretung wird es keine Verhandlungen mehr geben, so Herr Quasdorf.

Herr Irmer richtet an die Gemeindevertreter die Frage, ob sie dem Bürgermeister die Ermächtigung erteilen, bereits in die Verhandlungen mit dem Eigentümer zu treten, parallel zu den Beratungen in den Ausschüssen.

Die Ermächtigung der Gemeindevertretung über den Erwerb des Grundstückes zu verhandeln wäre schon wichtig, sagt Herr Quasdorf. Mit der Ermächtigung über den Kauf zu verhandeln, ist definitiv nicht damit verbunden, das Grundstück auch zu kaufen. Dazu bedarf es eines separaten Beschlusses.

Frau Lehmann bittet um Abstimmung zum Antrag, das der Bürgermeister die Ermächtigung von der Gemeindevertretung erhält, in die Verhandlungen zum Kauf des Grundstückes zu treten und die Petition in die Fachausschüsse - unter Vorlage der entsprechenden Dokumente - zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

## **6. Beschlussvorlagen**

Die Abstimmung erfolgt weiterhin mit 16 von 19 Gemeindevertretern. Alle Beschlüsse werden der Niederschrift als Anlage beigelegt.

### **01/02/19 – 3. Änderung des B-Planes der Fischerei „Am Pätzer Vordersee“ – Einleitungs- und Offenlagebeschluss**

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

### **02/02/19 – Vorhabenbezogener B-Plan „Altersgerechtes Wohnen“ Motzener Str. 7 Abwägungsbeschluss**

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**03/02/19 – Vorhabenbezogener B-Plan „Altersgerechtes Wohnen“ Motzener Str. 7  
Durchführungsvertrag**

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**04/02/19 – Vorhabenbezogener B-Plan „Altersgerechtes Wohnen“ Motzener Str. 7  
Satzungsbeschluss**

**Abstimmungsergebnis:** 16 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
/ Stimmenthaltungen

**06/02/19 - Ehrenbürgerschaft Peter Neumann**

Dieser Beschluss wurde bereits in der letzten Sitzung beschlossen. Jedoch wurde dieser von der Kommunalaufsicht beanstandet, da die erforderliche gesetzliche Mehrheit der Gemeindevertreter nicht vorhanden war.

Herr Quasdorf erklärt dazu, wir waren der festen Überzeugung, wenn wir unsere Richtlinie zur Ehrenbürgerschaft mehrheitlich außer Kraft setzen, kann eine Entscheidung mit einer geringen Anzahl von Gemeindevertretern erfolgen. Dabei haben wir nicht beachtet, dass dies auch in der Gemeindeordnung geregelt ist und somit der Beschluss nicht rechtskräftig ist.

Zu diesem Beschluss stellt Herr Quasdorf den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Herr Dr. Weißlau schließt sich den Worten des Bürgermeisters an und die CDU-Fraktion einstimmig für die Ehrenbürgerschaft stimmte. Er sagt weiterhin, es tut ihm in der Seele weh, wenn hier der Verdienst eines Bürgers durch Formalien so beschädigt wird.

Frau Rubenbauer findet es bedauerlich, dass so eine Ehrenbürgerschaft zur Farce gelangt ist. Das hätte von unserer Vorsitzenden vermieden werden müssen und sie versteht nicht, warum die Vorsitzende das zugelassen hat, obwohl Frau Teltow (Vors. Findungskommission) darauf hingewiesen hat, dass die 2/3 Mehrheit nicht erreicht wird. Persönlich ist Frau Rubenbauer der Meinung, dass in der Bevölkerung mit dem Umgang „Ehrenbürger“ Schaden entstanden ist und erst recht für Peter Neumann, das tut ihrwahnsinnig leid. Hier wurde wieder mal durch den Bürgermeister Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt. Es folgt nun die Stellungnahme der Fraktion Die Linke/SPD, diese wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Frau Teltow sagt, wir wurden darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Antrag auf Ehrenbürgerschaft schon lange vorliegt. Die Kommission hat viel Arbeit damit aufgebracht, denn der Antrag bestand nur aus einem einzigen Satz. Da wir Herrn Neumann zum Neujahrsempfang zum Ehrenbürger ernennen wollten, war Eile geboten. Die Kommission hat sich sehr bemüht, hauptsächlich auch Herr Dr. Weißlau, um diesen Beschluss so vorzubereiten. Nun kommt die Gemeindevertreterversammlung, in der dieser Beschluss gefasst werden soll und es fehlt die Hälfte der Gemeindevertreter. Fazit ist, hätte sich die Kommission mehr Zeit gelassen, dann wäre uns das alles hier erspart geblieben.

Herr Scholz war der Meinung, dass sich eigentlich alle Gemeindevertreter zur Ernennung von Peter Neumann als Ehrenbürger einig waren und hatte gehofft, dass der heutige Beschluss formell über die Bühne geht. Dann wird die Stellungnahme der Fraktion Die Linke/SPD vorgetragen und Herr Scholz findet es schon sehr vermessen, wenn eine Fraktion, die bei der Sitzung nicht anwesend war, sich anmaßt, sich über die Situation an diesem Abend ein Urteil zu erlauben.

Wir waren bemüht gewesen, die Terminkette einzuhalten und haben an diesem Abend ernsthaft überlegt, ob es eine Möglichkeit gibt, formal (das was alle wollten) auch zu beschließen. Nach einem längerem Austausch zwischen Gemeindevertreter und Bürgermeister waren wir der Meinung, wir können den Weg so gehen. Jetzt im Nachgang den Beteiligten vorzuwerfen, sie haben sich nicht an Recht und Gesetz gehalten, wird von Herrn Scholz im Namen der Fraktion der UBBP entschieden zurückgewiesen.

Herr Ostländer möchte dazu noch bemerken, der Bürgermeister hat sich bei Herrn Neumann entschuldigt und er hat die Entschuldigung angenommen. Um Herrn Neumann nicht noch weiter zu schädigen, wird die Fraktion Plan Bestensee heute dem Beschluss zustimmen.

Herr Krüger möchte hinzufügen, ursprünglich war die GV-Sitzung für den 11.12.2018 geplant, sie wurde auf den 18.12.2018 verschoben, obwohl im Hauptausschuss schon eindeutig zu erkennen war, dass die Mehrheit zu dieser Sitzung fehlen wird.

Diese Aussage ist falsch, so Herr Scholz. Es hat sich die Fraktion Plan Bestensee für diese Sitzung abgemeldet, aber nicht die gesamte Fraktion Die Linke / SPD.

Herr Ostländer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und über den Beschluss abzustimmen.

Frau Lehmann bittet um Abstimmung zum Antrag von Herrn Ostländer.

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen  
/ Nein-Stimmen  
3 Stimmenthaltungen

**Es folgt die namentliche Abstimmung zum B 06/02/19:**

Herr Quasdorf	-	Ja
Frau Lehmann	-	Ja
Herr Scholz	-	Ja
Frau Teltow	-	Ja
Frau Kolbatz	-	Ja
Herr Bredow	-	Ja
Herr Purann	-	Ja
Herr Ostländer	-	Ja
Herr Stenglein	-	Ja
Herr Wegner	-	Ja
Herr Krüger	-	Ja
Herr Dr. Weißblau	-	Ja
Herr Pöschk	-	Ja
Frau Rubenbauer	-	Nein
Herr Rubenbauer	-	Enthaltung
Herr Irmer	-	Enthaltung

**Abstimmungsergebnis:**

13 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Beschluss mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder beschlossen.

**7. Anträge der Fraktionen und Gemeindevertreter**

Herr Ostländer hatte in der letzten GV-Sitzung darum gebeten, dass man ihm kurz begründet, warum der Antrag der Fraktion Plan B (Einberufung Sitzung Bausschuss vor der Haushaltssitzung) nicht beachtet wurde. Da wurde ihm zugesichert, dass er eine schriftliche Antwort erhält. Diese hat er bis heute nicht bekommen.

**8. Sonstiges**

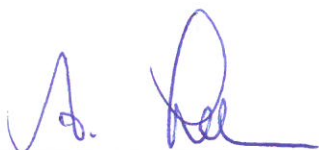
Herr Irmer erkundigt sich, wie die Gemeinde mit der Änderung der Kommunalverfassung hinsichtlich der Einwohnerbeteiligungsparagrafen umgeht. Werden wir das noch gesondert in der Hauptsatzung oder Einwohnerbeteiligungssatzung vor der Kommunalwahl aufnehmen?

Die Verwaltung wird vor der Kommunalwahl die Hauptsatzung nicht mehr ändern, erst nach der Wahl, so Herr Quasdorf.

Herr Krüger möchte wissen, ob es schon eine Entscheidung zur Verwendung der Fördermittel gibt. Da hatten wir geklagt, weil wir die Auflage bekommen haben, diese für die Tilgung des Kredites zu verwenden.

Herr Ludwig verneint das, im Januar haben wir nochmal nachgefragt, ist bis jetzt noch am Laufen.

Die öffentliche Sitzung wird um 21.23 Uhr beendet.

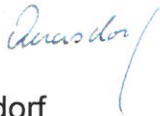


Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

## **A N T R A G**

Die Gemeindeverwaltung stellt den Antrag, von der Gemeindevertretung ermächtigt zu werden, alle Maßnahmen einzuleiten, um eine weiterführende Schule in Bestensee zu etablieren:

- Welche Voraussetzungen werden an den Standort gestellt
- Rahmenbedingungen, die es gilt zu erfüllen
- Vorschläge zum eventuellen Standort incl. der Prüfung der baurechtlichen Genehmigungsfähigkeit
- Genauer Raum- und Flächenbedarf
- Schulsport, Fachräume, Ausweich- und Klassenräume
- Zeitschiene und Ablauf
- Schulbedarfsplanung
- Finanzielle Kosten



Quasdorf  
Bürgermeister

## Veröffentlichung der Protokolle

**GVV 26.03.2009**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S. 3)

Herr Marquardt

Folgende Anträge werden gestellt:

- Veröffentlichung der Protokolle der Ausschuss- und Gemeindevertretersitzungen im Internet

Frau Teltow informiert, dass es dazu eine schriftliche Antwort vom Bürgermeister gibt.

**GVV 07.05.2009**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S. 11)

1. Informationen

1.1. des Bürgermeisters

- zur Veröffentlichung der Ausschussprotokolle, ab Juni werden die Protokolle nachläufig veröffentlicht. Es wird noch mal darauf hingewiesen, dass nur Festlegungsprotokolle angefertigt werden.

**GVV 01.10.2009**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S. 22/23)

Zu A)

**Frau Teltow informiert**, dass die Sitzordnung der Gemeindevertretung zur besseren Verständigung mit den anwesenden Bürgern verändert wurde. Wir fangen mit den noch nicht veröffentlichten Niederschriften vom 07.05.2009 (die Fraktion „Die Linke“ stimmte dieser Niederschrift auf der letzten Sitzung nicht zu) und 25.06.2009 zur Abstimmung gebracht und folgende Festlegungen getroffen:

- **Veröffentlichung der Niederschriften auf der Internetseite eine Woche nach der Gemeindevertretersitzung, Einsprüche gegen die Niederschriften können eingelegt werden, diese werden dann im Protokoll der nächsten Sitzung festgehalten.**

Diskussion zur Niederschrift vom 25.06.2009:

Antrag Herr Krüger Fraktion „Die Linke“:

Des Weiteren regt er an, dass **Erklärungen, die dem Protokoll beigelegt werden, auch im Internet zu veröffentlichen**, damit die Einwohner deshalb nicht ins Amt kommen müssen.

Frau Teltow – Erklärungen werden häufig erst 5 Min. vor der Sitzung abgegeben, wenn wir diese im Internet veröffentlichen haben die Betroffenen keine Gelegenheit sich dazu zu äußern.

Herr Krüger – wer die Erklärung abgibt unterschreibt diese, und trägt somit auch die Verantwortung.

Herr Budach – jede Fraktion hat das Recht selbst Erklärungen ins Internet zu stellen, die Anlagen zu den Protokollen sind nicht zu veröffentlichen, sondern nur die Ergebnisprotokolle der Sitzungen.

**GVV 22.09.2011**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S. 107/108)

Herr Marquardt

...

- möchte darauf hinweisen, dass am 1.10.2009 in der Gemeindevertretersitzung die Zusage gemacht wurde, dass die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Internetseite der Gemeinde 1 Woche nach der Sitzung erfolgen soll. Dies wird nicht eingehalten, sieht dies aber für wichtig an, würde diese Verfahrensweise in den Ausschüssen sehr begrüßen.

Herr Quasdorf

- **die Vorsitzende der Gemeindevertretung kann die Protokolle auch ohne Bestätigung veröffentlichen lassen** aber als Verwaltung werden wir das nicht tun. Solange die Richtigkeit nicht bestätigt ist, werden wir die Protokolle nicht veröffentlichen

**GVV 12.03.2014**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S.195 )

2. Bürgerfragestunde

Herr Marquardt

- am 01.10.2009 wurde in der GVV gesagt, dass die Protokolle eine Woche nach der Sitzung im Internet veröffentlicht werden. Ich habe das bereits im Jahre 2011 angemahnt, worauf Herr Quasdorf sagte, dass die Protokolle nicht eher veröffentlicht werden, bis diese bestätigt wurden. Das hat für mich jedoch keine Relevanz, da eine Änderung der Protokolle sowieso nicht in Frage kommt, sondern es nur eine Erklärung im nächsten Protokoll geben wird. Herr Quasdorf stellte den Gemeindevertretern frei, die Protokolle vorzeitig ins Internet zu stellen. Die letzte GVV war im Dezember letzten Jahres, die Bürger haben keine Information, was in dieser GVV gesprochen worden ist. Ich halte es für angemessen, dass diese Zusage aus dem Jahre 2009 auch umgesetzt wird. Wann erhalte ich eine Antwort auf meine Anfrage?

Herr Quasdorf äußert, dass wir im Zusammenhang zum Rechnungsprüfungsbericht darüber gesprochen haben und da gab es die konkrete Aussage dazu.

Herr Marquardt – ich möchte auf jeden Fall eine Antwort, als Bürger habe ich ein Recht darauf.

Frau Teltow wird noch mal in die Aufnahme der Dezembersitzung rein hören.

Herr Scholz sagt, wenn sie Äußerungen, die schon länger zurückliegen, hier in den Raum stellen, dann möchte ich sie bitten, dies vorab schriftlich zu präzisieren und der Gemeindevertretung einzureichen. Ich weiß heute nicht mehr, was vor einem halben Jahr für Äußerungen getätigt wurden.

## **GVV 27.01.2016**

(Datei „1\_GVV-Protokolle ab 2009\_SZ“ S.299)

1.4. des Ortsbeirates Pätz

Herr Ostländer berichtet von den Sitzungen am 17.12.2015 und 21.01.2016

- in der Bürgerfragestunde gab es negative Äußerungen zum Ausschluss der Öffentlichkeit in Sitzungen — benannt wurden die Sitzungen Rathaus

- gestellte Fragen nur unbefriedigend oder gar nicht beantwortet und Protokolle von Sitzungen zu spät veröffentlicht werden (Frau Scheibe)

---

In Zwei Infoblättern zur BM-Wahl 2017 stellt sich Herr Quasdorf als „parteionabhängig, sachkompetent und bürgernah dar.

Bürgernähe beinhaltet für mich auch Informationen den Bürgern umfassend und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Gewerbetreibenden  
Köriser Str. 5  
15741 Bestensee

15. FEB. 2019

2 → BA

04.02.2019

Gemeinde Bestensee  
Eichhornstr. 4-5  
15741 Bestensee

## Petition

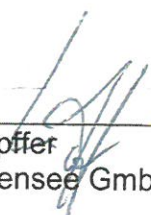
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,

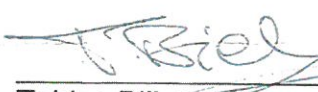
im Rahmen des Verkaufes des Kleingewerbegebietes Köriser Str. 5 in Bestensee tragen wir folgendes Anliegen vor.


Wir als Gewerbetreibende sind schon seit Jahren auf diesem Gelände mit unserer Tätigkeit zu Hause. Bei einem Verkauf des Geländes an einen fremden Investor besteht die Möglichkeit, dass die Mietverträge gekündigt werden und wir unseren angestammten Platz in Bestensee verlassen müssen.


Wir Gewerbetreibenden der Köriser Str. 5 bitten darum, dass die Gemeinde dieses Gelände kauft und dieses kleine Stück Bestensee im Laufe der nächsten Jahre zu einem attraktiven Kleingewerbegebiet entwickelt. Bei der Planung und Entwicklung würden wir tatkräftig mitwirken.

Mit freundlichen Grüßen

  
Uwe Töpfer  
FT Bestensee GmbH


  
Tobias Bilig  
Garagen


  
Fritzsche/Uschner  
Maler

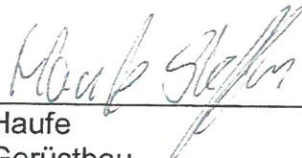
  
Melsa & Hoffmann  
Spielplatzbau

  
Paul Gömmlich  
Traktoren

Sven Steffens  
ESC Security

  
Hilmar Wenk  
Recycling

  
Volker Ost  
Bau

  
Haufe  
Gerüstbau



**BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG****- öffentlich -**

Einreicher : Bauamt

Beraten im : Bauausschuss am 14.01.2019, Hauptausschuss am 29.01.2018, Ortsbeirat am 31.01.2019

Beschluss-Tag : 19.02.2019

Beschluss-Nr. : **01/02/19**

Betreff : 3. Änderung Bebauungsplan der Innenentwicklung „Fischerei am Pätzer Vordersee“  
Einleitungsbeschluss und Offenlage

Beschluss :

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee beschließt die Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Fischerei am Pätzer Vordersee“. Der Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Pätz, Flur 1 Teile der Flurstücke 88 und 76 (Abgrenzung siehe Anlage). Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach §13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt.
2. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes vom 14.01.2019 wird gebilligt und zur Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt.

Erläuterungen zum Beschlussvorschlag:

Der Vorhabenträger hat mit der Umsetzung des Bebauungsplanes im ersten Bauabschnitt begonnen und errichtet dort Wohngebäude.  
Im Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes ist im rechtskräftigen Bebauungsplan ein Sondergebiet „Hotel“ festgesetzt. Investoren für ein Hotel konnten für den Standort nicht gewonnen werden. Der Vorhabenträger hat deshalb die Änderung des Bebauungsplanes beantragt mit der Zielstellung die Sondergebietsfläche in eine Wohnbaufläche umzuwandeln.

## Abstimmungsergebnis :

Anz. d. stimmberech. Mitglieder d. GV :	19
Anwesend :	16
Ja-Stimmen :	16
Nein-Stimmen :	/
Stimmenthaltungen :	/
von der Abst. u. Berat. gem. § 22 BbgKVerf ausgeschlossen :	/

  
Quasdorf  
Bürgermeister



  
Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Anlage : Entwurf vom 14.01.2019

# BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG

Original

- öffentlich -

Einreicher : Bauamt

Beraten im : Bauausschuss am 14.01.2019, Hauptausschuss am 29.01.2018

Beschluss-Tag : 19.02.2019

Beschluss-Nr. : **02/02/19**

Betreff : Vorhabenbezogener Bebauungsplan  
„Altersgerechtes Wohnen Motzener Straße 7“  
  
Abwägungsbeschluss

Beschluss : Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee stimmt den Inhalten der Abwägung zu den Ergebnissen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß dem Abwägungsprotokoll (Anlage) zu.  
Die Verwaltung wird beauftragt die Ergebnisse der Abwägung mitzuteilen.

## Begründung :

Gemäß Beschluss der Gemeindevertretung vom 03.07.2018 wurde die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes vom 14.05.2018 durchgeführt.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Zu den durch Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Hinweisen und Einwänden ist die Abwägung durchzuführen.

Die Inhalte der Stellungnahmen sowie die Vorschläge zur Abwägung sind in dem als Anlage beigelegten Abwägungsprotokoll dargelegt.


Entsprechend der Empfehlung des LfU wurden Gutachten zur Immissionsprognose zum Verkehrslärm und zu den Parkplätzen erstellt und in die Abwägung eingestellt. Entsprechend der Empfehlung der Gutachten werden die Festsetzungen zum Schutz vor schädlichen Umweltauswirkungen in den textlichen Festsetzungen geändert.

Im Weiteren sind redaktionelle Änderungen entsprechend der Hinweise aus der Beteiligung der Behörden einzuarbeiten.

Der Vorhabenträger hat den vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt. Eine veränderte Betroffenheit für Dritte entsteht durch die vorgeschlagenen Änderungen nicht.

## Abstimmungsergebnis :

Anz. d. stimmberecht. Mitglieder d. GV :	19
Anwesend :	16
Ja-Stimmen :	16
Nein-Stimmen :	/
Stimmenthaltungen :	/
von der Abst. u. Berat. gem. § 22 BbgKVerf ausgeschlossen :	/

  
Inas  
Quasdorf  
Bürgermeister

Anlage : Abwägungsprotokoll



  
Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG

- öffentlich -

Einreicher : Bauamt  
Beraten im : Bauausschuss am 14.01.2019, Hauptausschuss am 29.01.2018  
Beschluss-Tag : 19.02.2019  
Beschluss-Nr. : **03/02/19**  
Betreff : Vorhabenbezogener Bebauungsplan  
„Altersgerechtes Wohnen Motzener Straße 7“  
Durchführungsvertrag


Beschluss : Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee billigt den vorliegenden Durchführungsvertrag (Anlage) . Er ist vom Bürgermeister zu unterzeichnen.

Begründung :

Gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB hat sich der Vorhabenträger vor dem Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB per Durchführungsvertrag zu verpflichten, das Vorhaben in einer bestimmten Frist zu realisieren und die Planungs- und Erschließungskosten zu tragen.

Abstimmungsergebnis :

Anz. d. stimmberech. Mitglieder d. GV :	19
Anwesend :	16
Ja-Stimmen :	16
Nein-Stimmen :	/
Stimmenthaltungen :	/
von der Abst. u. Berat. gem. § 22 BbgKVerf ausgeschlossen :	/

  
Quasdorf  
Bürgermeister

Anlage : Durchführungsvertrag



  
Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

**BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG**

- öffentlich -

Einreicher : Bauamt  
Beraten im : Bauausschuss am 14.01.2019, Hauptausschuss am 29.01.2018  
Beschluss-Tag : 19.02.2019  
Beschluss-Nr. : **04/02/19**  
Betreff : Vorhabenbezogener Bebauungsplan  
„Altersgerechtes Wohnen Motzener Straße 7“  
Satzungsbeschluss

Beschluss :

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Altersgerechtes Wohnen Motzener Straße 7" in der Fassung vom 19.02.2018 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

Begründung :

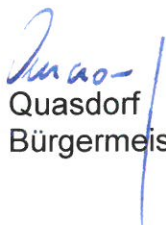
Die Gemeindevertretung hat die Abwägung zu den Ergebnissen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Entwurf des Bebauungsplanes vom 14.04.2018 durchgeführt.

Daraus resultierende Änderungen wurden in die Planunterlagen eingearbeitet.

Gemäß § 10 Abs. 1 BauGB ist der Bebauungsplan als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis :

Anz. d. stimmberech. Mitglieder d. GV :	19
Anwesend :	16
Ja-Stimmen :	16
Nein-Stimmen :	/
Stimmenthaltungen :	/
von der Abst. u. Berat. gem. § 22 BbgKVerf ausgeschlossen :	/

  
Quasdorf  
Bürgermeister



  
Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Original

**BESCHLUSS  
der Gemeindevertretung**

**- öffentlich -**

Einreicher: Findungskommission

Beraten im: Hauptausschuss am 04.12.2018 und 29.01.2019

Beschlusstag: 19.02.2019

Beschluss - Nr.: **06/02/19**


Betreff: **Ehrenbürgerschaft Peter Neumann**

Beschluss: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee beschließt, gemäß der Richtlinie für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts vom 28.11.2012, **Herrn Peter Neumann** rückwirkend zum 18.12.2018 mit der Ehrenbürgerschaft der Gemeinde Bestensee auszuzeichnen.

Begründung: siehe Anlage zum Beschluss

Abstimmungsergebnis:

Anzahl der stimmberecht. Mitgl. d. GV:	19
Anwesend:	16
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	1
Stimmenenthaltungen:	2
von der Abst. u. Berat.gem.§ 22 BbgKVerf des Landes Brdbg. ausgeschlossen:	/

  
Quasdorf  
Bürgermeister



  
Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

Stellungnahme zum Antrag „Ehrenbürgerschaft Peter Neumann“

Unsere Fraktion ist davon überzeugt, dass die Person Peter Neumann hohe Verdienste für das Gemeinwohl der Gemeinde Bestensee geleistet hat. Eine Ehrung steht ihm **ohne Zweifel** zu.

Gleichwohl zeigt die Wiederholung des Verfahrens das **Rechtsverständnis unseres Bürgermeisters** auf. Denn: als dienstältester Bürgermeister war ihm bekannt, dass für die Zustimmung zur Verleihung des Ehrenbürgerrechtes gemäß §26 Abs. 3 Kommunalverfassung Brandenburg eine 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Vertreter der Gemeindevertretung Voraussetzung ist. Das sind bei 19 Gemeindevertretern 13 Ja-Stimmen.

Gleiche Regelung findet man übrigens in der Richtlinie der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Gemeinde Bestensee.

Liest man nun das Amtsblatt der Gemeinde Bestensee vom 30.01.2019 so wird man auf Seite 3 nur einen Beschluss aus dem nicht-öffentlichen-Teil der Gemeindevertretung finden.

Schade, dass der wesentliche Beschluss, eingebracht vom Bürgermeister, fehlt.

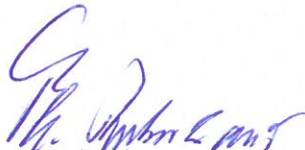
Die Aussetzung der 2/3 Mehrheit wurde beschlossen. Gegen geltendes Recht! Gegen die Kommunalverfassung!

Anzumerken sei auch, dass nach heutiger Rücksprache mit der Kommunalaufsicht, der Beschluss auch nicht, **wie behauptet „beanstandet“** wurde. Oder liegen Ihnen dazu Unterlagen seitens der Kommunalaufsicht vor? Wenn ja, wann erhalten wir diese?

Halten wir fest: Die Ehrenbürgerschaft, unabhängig von der zu ehrenden Person, wurde hier aufgrund eines schlechten Handwerks seitens des dienstältesten Bürgermeisters geschädigt.

Unsere Fraktion wird dieses Verfahren **nicht rückwirkend** heilen.

**Wir fühlen uns an Recht und Gesetz gebunden.**

  
gez. Rubenbauer  
Fraktion LINKE/SPD